

Presseinformation

Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 3/2021 (Mai – Juni – Juli)

Die 99. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten Mai/Juni/Juli hin. Im Erinnerungsjahr 2021 setzt der Kalenderdienst Schwerpunkte auf die Ereignisse und Entwicklungen von 1991, des ersten gemeinsamen Jahres der Deutschen nach der wiedererlangten Einheit, sowie des Jahres des Mauerbaus 1961.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 31. Mai 2021.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Tilman Günther | Fon: 030 31 98 95 225 | E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de.

Vor 85 Jahren

17.07.1936	Spanien: Mit einem Militärputsch der nationalen Rechten unter General Francisco Franco in Spanisch-Marokko beginnt der bis 1939 dauernde Spanische Bürgerkrieg.
------------	---

Vor 80 Jahren

14.06.1941	In Lettland werden in einer Deportationswelle rund 16.000 Menschen durch den sowjetischen NKWD in Gulags vor allem in Sibirien deportiert.
22.06.1941	„Unternehmen Barbarossa“ beginnt: Das nationalsozialistische Deutschland überfällt die Sowjetunion.

Vor 75 Jahren

09.05.1946	Erstes Todesopfer an der innerdeutschen Sektorengrenze: Herbert Günther wird bei Probstzella erschossen.
30.06.1946	Sowjetische Militäradministration in Deutschland sperrt die Demarkationslinie zu den anderen Besatzungszonen; Beginn verschärfter Grenzkontrollen.
30.06.1946	Ein Volksentscheid in Sachsen bestätigt die entschädigungslosen Enteignungen, welche die Sowjetische Militäradministration bereits seit Sommer 1945 durchführt.
13.07.1946	Der Sozialdemokrat Willi Jesse wird als erster höherer SED-Funktionär wegen seiner Kritik an der Zwangsvereinigung von KPD und SPD verhaftet.

Vor 70 Jahren

16.06.1951	In Potsdam wird die „Schule des Ministeriums für Staatssicherheit“ eröffnet (ab November 1955 „Hochschule“).
26.06.1951	Bundesregierung verbietet Tätigkeit der SED-Jugendorganisation FDJ in der Bundesrepublik.
24.07.1951	Arno Esch wird in Moskau erschossen. Er wurde 1949 als Mitglied einer Hochschulwiderstandsgruppe und Liberaldemokrat in Rostock vom NKWD verhaftet und 1950 zum Tode verurteilt.

Vor 65 Jahren

12.05.1956	Der ungarische Erzbischof József Grósz, der 1951 „als Verschwörer gegen die demokratische Ordnung“ verurteilt worden war, wird aus seinem Hausarrest entlassen.
14.05.1956	In Ungarn werden alle früheren sozialdemokratischen Parlamentsmitglieder, Minister und auch der frühere Präsident der Republik, Zoltán Tildy, aus der Haft freigelassen.
04.06.1956	Das US-Außenministerium veröffentlicht den Wortlaut von Chruschtschows „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Am Tag darauf erscheint er in der „New York Times“.
19.06.1956	Der jugoslawische Staatschef Tito spricht sich in seiner Rede im Moskauer Dynamo-Stadion für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern aus.
27.06.1956	Ungarn: Mehr als 7.000 Menschen nehmen in Budapest an einer Diskussion des ungarischen „Petöfi-Kreises“ über die Pressefreiheit teil. Erstmals wird die Parteiführung von einer breiten Öffentlichkeit kritisiert.
28.06.1956	Polen: Ein Arbeiterstreik in den Stalin-Werken in Poznań weitet sich zu einer großen Protestkundgebung gegen das kommunistische Regime aus. Der Aufstand wird schließlich vom Militär niedergeschlagen, 57 Todesopfer und etwa 250 Verletzte sind zu beklagen.
05.07.1956	Tschechoslowakei: In der Literaturzeitschrift „Literarni Noviny“ kündigt Bildungsminister František Kahuda weitere „Säuberungen“ der Universitäten von „reaktionären Elementen“ an.
07.07.1956	Der Deutsche Bundestag verabschiedet ein Gesetz, das die Bundeswehr zu einer Wehrpflichtarmee erklärt. Neben dem Wehrdienst wird ein ziviler Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer eingerichtet.
18.07.1956	Entstalinisierung in Ungarn: Der Erste Sekretär des ZK der KP, Mátyás Rákosi, tritt zurück und gibt zu, „für die schweren Fehler des Persönlichkeitskultes und die Verletzung sozialistischer Gesetze verantwortlich“ zu sein. Nachfolger wird Ernő Gerő.

Vor 60 Jahren

05.05.1961	Der US-amerikanische Astronaut Alan B. Shepard fliegt nach Juri Gagarin als zweiter Mensch ins All.
07.05.1961	Der Vorsitzende der Exil-CDU, Jakob Kaiser, stirbt im Alter von 73 Jahren. Die Exil-CDU vertritt aus der DDR vertriebene und geflohene CDU-Mitglieder.
31.05.1961	In Ost-Berlin versieht die Post Briefe erstmalig mit dem Stempelaufdruck „Berlin – Hauptstadt der DDR“.
04.06.1961	Gipfeltreffen in Wien: Chruschtschow fordert von Kennedy die „Entmilitarisierung und Neutralität“ West-Berlins und löst dadurch die „Berlin-Krise“ aus.
08.06.1961	Die Sowjetunion protestiert gegen die Abhaltung von Sitzungen des Bundestages und der Bundesregierung in West-Berlin.
10.06.1961	Berlin-Memorandum Chruschtschows: Die „Prawda“ veröffentlicht Chruschtschows ultimative Forderungen nach einem Friedensvertrag mit Deutschland und der Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“.
15.06.1961	Walter Ulbricht erklärt auf einer internationalen Pressekonferenz: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“
16.06.1961	In West-Berlin entführt das MfS den Journalisten und früheren SED-Funktionär Heinz Brandt. Er wird später zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt.
19.06.1961	Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt weist die sowjetische Pläne zur Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“ zurück. Nie dürfe Berlin zur „vogelfreien“ Stadt werden, so Brandt.
23.06.1961	Katastrophale Lage der DDR-Landwirtschaft nach der Zwangskollektivierung: SED ruft Landbevölkerung dazu auf, die Rückstände bei den Feldarbeiten aufzuholen.
03.07.1961	SED-Politbüro strukturiert die Wirtschaftslenkung neu: Die Staatliche Plankommission wird um den Volkswirtschaftsrat ergänzt.
09.07.1961	„Neues Deutschland“ verkündet das offizielle Verbot des bevorstehenden gesamtdeutschen Evangelischen Kirchentags für Ost-Berlin.
19.07.1961	„Neues Deutschland“ bezeichnet DDR-Flüchtlinge erstmals als „Verräter“. Zuvor galten sie als „Opfer der Abwerbung“.
25.07.1961	Kennedy formuliert die „Three Essentials“ für West-Berlin: Anwesenheit westallierter Truppen, ungehinderter Zugang zur Stadt und politische Selbstbestimmung der West-Berliner.

Vor 55 Jahren

09.05.1966	Das erste Kernkraftwerk der DDR wird bei Rheinsberg feierlich in Betrieb genommen. Der Dauerbetrieb beginnt am 11. Oktober.
16.05.1966	China: Die „Mitteilung des 16. Mai“ des Politbüros des ZK der chinesischen KP markiert den Beginn der „Großen proletarische Kulturrevolution“. Sie endet erst mit dem Tod Mao Tse-tungs 1976 und fordert ungezählte Opfer.
06.07.1966	„Neues Deutschland“ kritisiert den Kinofilm „Spur der Steine“ (Regie Frank Beyer) wegen eines angeblich verzerrten Bildes der sozialistischen Wirklichkeit. Der Film wird kurze Zeit später verboten.

Vor 50 Jahren

03.05.1971	Erich Honecker wird Erster Sekretär des ZK der SED und löst damit Walter Ulbricht ab.
20.05.1971	Gustav Heinemann beendet Besuch in Rumänien – erster Besuch eines Bundespräsidenten in einem kommunistischen Land.
01.07.1971	Für Post nach West-Berlin und die Bundesrepublik Deutschland muss aus der DDR Auslandspost gezahlt werden.
24.07.1971	Nach zwei Jahren Training schwimmt der Rostocker Peter Döbler 48 Kilometer in 24 Stunden von Kühlungsborn nach Fehmarn über die Ostsee und flüchtet so in den Westen.

Vor 45 Jahren

13.05.1976	Sowjetunion: In Moskau wird die Helsinki-Gruppe zur Einhaltung der KSZE-Schlussakte gegründet.
------------	--

29.06.1976	Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens sprechen sich auf der zweitägigen „Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ in Ost-Berlin für bürgerliche Demokratie und gegen die Diktatur des Proletariats aus.
10.07.1976	33 Bürger aus Riesa fordern in einer Petition von Honecker die Achtung der Menschenrechte. Mehrere Unterzeichner werden in der Folge wegen „staatsfeindlicher Hetze“ und „staatsfeindlichen Verbindungen“ zu Haftstrafen verurteilt.

Vor 40 Jahren

09.05.1981	Der Dresdner Pfarrer Christoph Wonneberger und andere unterzeichnen einen Aufruf zu einem „Sozialen Friedensdienst“, der eine zivile Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung in der DDR schaffen soll.
26.06.1981	Letztes Todesurteil in der DDR gegen MfS-Hauptmann Werner Teske wegen Fluchtvorbereitung in den Westen vollstreckt.

Vor 35 Jahren

06.05.1986	Nach zwölf Jahren Verhandlungen wird zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein Kulturabkommen unterzeichnet.
29.06.1986	Erste Ausgabe der Untergrundzeitschrift „Grenzfall“ der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ erscheint.
12.07.1986	Ein Open-Air-Frühstück der „Jungen Gemeinde“ Jena endet mit zahlreichen Verhaftungen.

Vor 30 Jahren

03.05.1991	In der Deklaration von Windhoek der UNESCO wird die Pressefreiheit als „Eckstein für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung“ bezeichnet und gefordert.
06.05.1991	Der deutsch-sowjetische Truppenstationierungs- und Abzugsvertrag tritt in Kraft. Bislang haben 30.000 von 380.000 Soldaten der Sowjetarmee Deutschland verlassen.
09.05.1991	Der tschechoslowakische Bürgerrechtler und Staatspräsident Václav Havel wird in Aachen mit dem internationalen Karlspreis ausgezeichnet.
14.05.1991	Der Bundestag beschließt das Solidaritätsgesetz. Der Solidaritätszuschlag wird zunächst befristet auf ein Jahr eingeführt zur Finanzierung verschiedener Mehrbelastungen wie den Kosten der deutschen Einheit, aber auch dem Konflikt am Persischen Golf.
19.05.1991	Jugoslawien: In einem Referendum sprechen sich rund 94 Prozent der Wähler für die Unabhängigkeit Kroatiens aus. Die serbische Minderheit boykottiert die Abstimmung.
20.05.1991	Das sowjetische Parlament verabschiedet ein Gesetz über die Aus- und Einreise in die UdSSR. Sowjetische Bürger sollen ab Januar 1993 frei ins Ausland reisen dürfen.
21.05.1991	Der ehemalige DDR-Ministerpräsident Willi Stoph und der frühere Verteidigungsminister Heinz Keßler kommen wegen ihrer Mitverantwortung für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze in Haft.
28.05.1991	Tschechoslowakei: Die letzte sowjetische Militäreinheit verlässt das Land. Damit ist der Abzug der 1968 zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ einmarschierten Truppen praktisch abgeschlossen.
30.05.1991	Der Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) als gemeinsame öffentlich-rechtliche Anstalt Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens wird unterzeichnet.
01.06.1991	Polen: Papst Johannes Paul II. wird bei der Ankunft zu seinem ersten Besuch im nichtkommunistischen Polen von Präsident Lech Wałęsa begrüßt. Ohne den Papst hätte es keinen Sieg der Freiheit gegeben, so Wałęsa.
02.06.1991	Wiedereröffnung des seit 1953 geschlossenen Eisenbahn-Übergangs Bayerisch-Eisenstein/Železná Ruda an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze.
04.06.1991	Die Treuhand gibt bekannt, dass Ende Juni die restlichen rund 2.700 Geschäfte und Gaststätten der ehemaligen DDR-Handelsorganisation (HO) geschlossen werden müssen. 16.000 Einrichtungen erhielten hingegen neue Besitzer.
06.06.1991	Der ehemalige FDGB-Vorsitzende Harry Tisch wird vom Landgericht Berlin wegen Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern zu 18 Monaten Haft verurteilt. Die Haft wird unter Anrechnung der Untersuchungshaft ausgesetzt.

11.06.1991	Die einstige LDPD-Tageszeitung „Der Morgen“, seit Juli 1990 in Besitz des Springer-Verlags, erscheint zum letzten Mal. Der Verlag sieht keine wirtschaftliche Zukunft mehr für das Blatt.
12.06.1991	Sowjetunion: Bei den ersten russischen Präsidentschaftswahlen wird der Reformler Boris Jelzin zum Präsidenten der sowjetischen Teilrepublik gewählt.
17.06.1991	Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag wird in Bonn unterzeichnet.
19.06.1991	Albanien wird als 35. und letztes Land in die KSZE aufgenommen. Albanien war 1975 der einzige europäische Staat, der nicht die KSZE-Schlussakte von Helsinki unterzeichnete.
20.06.1991	Historische Entscheidung: Der Deutsche Bundestag beschließt nach monatelanger öffentlicher Debatte die Verlegung des Parlaments und der Regierung von Bonn nach Berlin.
25.06.1991	Jugoslawien: Fast zeitgleich rufen Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit aus.
26.06.1991	Jugoslawien: Einheiten der Volksarmee greifen in Slowenien ein, um die Unabhängigkeit zu verhindern; Beginn des „10-Tage-Kriegs“. In Kroatien kommt es zu erneuten blutigen Zusammenstößen.
28.06.1991	Der 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der sozialistischen Staaten wird auf der 49. Konferenz der Mitgliedsstaaten in Budapest aufgelöst.
01.07.1991	Nach 36-jähriger Existenz wird der Warschauer Pakt aufgelöst. Bereits zum 31. März 1991 waren die militärischen Strukturen annulliert worden.
07.07.1991	„Brioni-Deklaration“: Slowenien und Kroatien verpflichten sich, ihre am 25. Juni 1991 erklärte Unabhängigkeit für drei Monate auszusetzen, um mit der jugoslawischen Zentralregierung zu verhandeln.
12.07.1991	Die bulgarische Nationalversammlung nimmt die neue Verfassung an. Sie definiert das Land als eine einheitliche demokratische, rechtsstaatliche und parlamentarische Republik.
18.07.1991	Sachsen schließt als erstes der neuen Bundesländer die Überprüfung der DDR-Richter und -Staatsanwälte ab. Nach Einzelfallprüfungen dürfen nur 340 von 660 Juristen ihr Amt weiterführen.
19.07.1991	Die im Einigungsvertrag geregelte Verwaltung des Vermögens der SED-Nachfolgepartei PDS durch die Treuhandanstalt ist rechtmäßig, urteilt das Bundesverfassungsgericht.
22.07.1991	Rumänien: Der frühere Chef der Geheimpolizei Securitate, General Julian Vlad, wird nach neunmonatigem Prozess wegen „Völkermords“ an Ceaușescu-Gegnern zu neun Jahren Haft verurteilt.
25.07.1991	Die Berliner Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den DDR-Wirtschaftschef und SED-Spitzenfunktionär Günter Mittag u.a. wegen Anstiftung zur Untreue.
30.07.1991	Das Berliner Kammergericht entscheidet, dass DDR-Grenzsoldaten bei Schüssen auf Flüchtlinge grundsätzlich nicht „gerechtfertigt oder entschuldigt“ waren und sich für ihre Taten verantworten müssen.
31.07.1991	US-Präsident Bush und sein sowjetischer Amtskollege Gorbatschow unterzeichnen in Moskau nach jahrelangen Verhandlungen den START-Abrüstungsvertrag zur gemeinsamen allmählichen Reduzierung strategischer Trägersysteme für Nuklearwaffen.

Vor 25 Jahren

17.06.1996	Das „Bürgerbüro e.V.“ zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur wird in Berlin gegründet.
------------	--

Vor 15 Jahren

15.05.2006	Die „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes >Aufarbeitung der SED-Diktatur<“ unter dem Vorsitz von Martin Sabrow legt in Berlin ihre Empfehlungen vor.
------------	--